Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
1.	Arbeit				
	<p>Arbeitsmarktsituation der Menschen mit Behinderung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen ➤ Ausschuss Bauen und Wohnen ➤ Jugendhilfeausschuss ➤ Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ➤ Verkehrsausschuss ➤ Wirtschaftsausschuss ➤ 25.11.2008 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik</p> <p>3. fordert die Verwaltung auf, sich bei den Kölner Unternehmen für mehr Beschäftigung von Menschen mit Behinderung einzusetzen.</p> <p>4. fordert die Verwaltung auf, sich verstärkt für die Einstellung und den Einsatz von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung und den stadtnahen Betrieben einzusetzen.</p>	<p>Zu 3. Stellungnahme 50: Im Jahr 2012 war eine Steigerung von 41 Anträgen auf 871 „Begleitende Hilfen“ zu verzeichnen.</p> <p>Stellungnahme V/3: Die Veranstaltungsreihen zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung in 2009 und 2011 haben durchweg positive Ergebnisse erbracht. Ursprünglich war angedacht, in 2013 erneut eine Veranstaltungsreihe anzubieten. Da das Büro der Behindertenbeauftragten aufgrund geringer personeller Ressourcen die Organisation nicht mehr alleine erledigen kann, wurden Gespräche mit verschiedenen Organisationen geführt, die für die Arbeitsvermittlung von Menschen mit Behinderung oder Bereitstellung von Hilfen hierfür zuständig sind. Da die Partner aufgrund von organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Gründen ablehnten, musste die Veranstaltungsreihe aufgegeben werden. Trotzdem trifft sich das Netzwerk weiterhin regelmäßig, um sich auszutauschen. Die Treffen werden vom Büro der Behindertenbeauftragten organisiert.</p> <p>Die Agentur für Arbeit Köln plant seit 2011 eigene Aktivitäten rund um den Tag der Menschen mit Behinderung für schwerbehinderte Menschen im Dezember. Es geht dabei um direkte Vermittlungen oder gezielte Angebote für Arbeitgeber bzw. Menschen mit Behinderung. Das Netzwerk wird über diese Aktivitäten informiert.</p> <p>Seit 2010 setzt sich die Verwaltung gemeinsam mit dem Kölner Arbeitskreis Girls Day verstärkt bei Arbeitgebern dafür ein, dass die Angebote auch für Mädchen mit Handicap geöffnet werden. Hierdurch wird ein erster, für beide Seiten unverbindlicher Kontakt gefördert. Sowohl Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als auch Mädchen mit Handicap können erste Erfahrungen miteinander sammeln.</p>	<p>I/11 III/804 V/3 50</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				<p>Mit Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, Herrn Hüppe, konnten die Organisatoren in Bielefeld inzwischen überzeugt werden, die Übersichtsseiten zum Girls Day so zu programmieren, dass barrierearme Angebote nun schneller zu finden sind.</p> <p>Stellungnahme 80: Seit 2009 findet der Wettbewerb "Vielfalt gewinnt" der Stadt Köln und des Kommunalen Bündnisses für Arbeit statt. Kölner Unternehmen und Organisationen, die die Vielfalt ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkennen, fördern und gezielt nutzen, konnten sich beteiligen. Ausführliche Informationen sind unter folgendem Link zu finden: http://www.stadt-koeln.de/7/wirtschaftsstandort/02583/</p> <p>Die Regionalagentur Region Köln (804) war an einer Arbeitsgruppe des Landes NRW beteiligt, die sich mit der Gründung eines Integrationsunternehmens für die Reinigung und Digitalisierung von Archivalien nach dem Archiveinsturz beschäftigte. Der Auftrag der Regionalagentur bestand darin, Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen der Landesarbeitspolitik und der entsprechenden Förderprogramme des Europ. Sozialfonds (ESF) auf zu zeigen. Der Integrationsbetrieb kam nicht zustande.</p> <p>Grundsätzlich erfolgen bei 804 in der Regionalagentur die Beratung und Begleitung von Integrationsunternehmen im Rahmen der dortigen Lotsenfunktion. Im Bereich Existenzgründung/ Startercenter NRW erfolgen spezifische Beratungen und Begleitung im Gründungsprozess.</p> <p>zu 4. Stellungnahme 11: Der Einsatz der Stadt Köln für die Einstellung und den Einsatz von Menschen mit Behinderung kommt im städtischen Stellenbesetzungsverfahren besonders zum Ausdruck. Jede interne Stellenausschreibung</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				<p>enthält den Hinweis, dass „schwerbehinderte Menschen bei gleicher Eignung den Vorzug erhalten“. Im Zusammenhang mit externen Stellenbesetzungen erfolgt grundsätzlich eine Abfrage nach dem Sozialgesetzbuch IX (SGB IX). Die Prüfung gemäß §§ 81,82 SGB IX, ob schwerbehinderte Menschen für die Besetzung von vakanten Stellen in Betracht kommen, erfolgt bei der Arbeitsagentur Köln. Dem gesetzlichen Erfordernis wird somit Rechnung getragen.</p> <p>Über das gesetzliche Erfordernis hinaus wird zur Verbesserung der Chancen für schwerbehinderte Menschen bei externen Stellenbesetzungen neben der Arbeitsagentur Köln auch der Integrationsfachdienst (IFD) sowie das Berufsförderungswerk Michaelshoven (BFW) beteiligt.</p> <p>Die Einstellung von schwerbehinderten Menschen wird durch die Agentur für Arbeit und das Integrationsamt des Landschaftsverbandes Rheinland umfangreich unterstützt. Sowohl Finanzierung der Arbeitsplatzausstattung, technischer Hilfen als auch Eingliederungszahlungen können vereinbart werden.</p> <p>Die Stadt Köln leistet bereits jetzt schon einen wichtigen Beitrag zur Integration von Menschen mit Behinderung und überschreitet die vorgeschriebene Beschäftigungsquote von 5% deutlich mit aktuell 6,91%.</p>	
	<p>Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe und Internationales ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 18.11.2010 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Ausschuss allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe und Internationales und dem Ausschuss Soziales und Senioren zu beschließen:</p> <p>Die Stadt Köln soll langfristig den Anteil der beschäftigten Menschen mit Behinderungen auf 10 % erhö-</p>	<p>Die Verwaltung hat hierzu eine Beschlussvorlage erstellt, die den zuständigen Ausschüssen zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. In der Beschlussvorlage wurde erläutert, warum derzeit die Umsetzung eines Konzeptes zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung nicht möglich ist.</p> <p>Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Internationales und Vergabe (AVR) ist dem Vorschlag in seiner Sitzung am 22.08.2012 gefolgt.</p>	<p>I/11</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>hen. Die Stadt möge auf die städtischen und die stadtnahen Betriebe einwirken, dass diese ebenfalls den Anteil der beschäftigten Menschen mit Behinderungen auf 10 % erhöhen. Dies soll auch durch externe Einstellungen und durch spezielle Förderungen der Auszubildenden erfolgen. GGF. sind für die Menschen mit Behinderung Assistenzkräfte und sonstige Hilfsmittel bereit zustellen. Auch soll die Anzahl der Stellen im niederschweligen Bereich für die Menschen mit Behinderung erhöht werden.</p> <p>Die Verwaltung wird daher beauftragt ein Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen bei der Stadtverwaltung zu erarbeiten.</p> <p>Diese Angebote sollen von der Verwaltung auch in den Veranstaltungsreihen zum Thema „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ vorgestellt werden.</p>	<p>Der Ausschuss Soziales und Senioren hat sich in seiner Sitzung am 17.01.2013 entschieden, dem Vorschlag der Verwaltung nicht zu folgen.</p>	
2.	Assistenzen				

3.	Bauen und Verkehr				
	Barrierefreies	➤ Ausschuss	Die Vertreter/innen der Behinder-	Sachstand 15:	VI/Stabs

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
	<p>Bauen</p>	<p>Bauen und Wohnen ➤ 27.05.2004</p>	<p>tenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik haben zum barrierefreien Bauen einen Forderungskatalog zur Umsetzung des BGG und des LGG NW aufgestellt und stellen diesen zur Diskussion. Im Anschluss daran beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einstimmig, dass die folgenden Empfehlungen an den Ausschuss Bauen und Verkehr weitergeleitet wird:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadt Köln entwickelt Standards zum barrierefreien Bauen gem. § 4 LGG NW. Die Kriterien zur Selbstverpflichtung müssen nachvollziehbar sein. 2. Die Stadt Köln verpflichtet sich, „Barrierefreiheit“ als Bestandteil von Ausschreibungen vorzugeben. 3. Bei Genehmigungsverfahren zu Objekten, die von Investoren erstellt werden, muss „Barrierefreiheit“ verbindlich geprüft und sichergestellt werden. 	<p>Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik erstellt zurzeit einen neuen Nahverkehrsplan (NVP) für die Stadt Köln. Darin wird das Ziel, alle Haltestellen auf Kölner Stadtgebiet barrierefrei zu gestalten, weiterhin festgeschrieben. Seit Inkrafttreten des neuen Personenbeförderungsgesetzes zum 01.01.2013 besteht nun auch eine gesetzliche Verpflichtung, die Herstellung der Barrierefreiheit bis 2022 im Nahverkehrsplan zu verankern. Im Rahmen der Bearbeitung des NVP wird auch die Prioritätenreihung der für den Aus- und Umbau vorgesehenen Haltestellen anhand aktueller Fahrgastzahlen überprüft. Der NVP wird voraussichtlich im 1. Halbjahr 2013 zur Beratung in die politischen Gremien eingebracht.</p> <p>Sachstand VI/26: Zu 1. Standards: Die Aktualisierung ist laufendes Geschäft der Verwaltung. Die nächste Aktualisierung erfolgt im Rahmen der Anpassungen an die neue DIN 18040-1 und den Anforderungen an die Inklusion. Sobald die Landesregierung Standards für die „Inklusive Schule“ veröffentlicht, werden diese in die Standards der Gebäudewirtschaft zum barrierefreien Bauen eingearbeitet. Die Anforderungen an die neue DIN 18040-1 werden bereits heute umfänglich berücksichtigt. ▶ Erledigt</p> <p>Zu 5. Nachrüstung bestehender Gebäude: Die Nachrüstung bestehender Gebäude erfolgt grundsätzlich im Rahmen von wesentlichen Sanierungsmaßnahmen. Beispielsweise konnten im Rahmen des Toilettensanierungsprogramms an Schulen sehr viele Schulen mit rollstuhlgerechten Toiletten ausgerüstet werden.</p> <p>Die Bürgerzentren wurden im Rahmen von KP II - Maßnahmen barrierefrei nachgerüstet. Folgende Maßnahmen konnten durchgeführt werden:</p>	<p>telle Stadt-raum-mana-gement, VI/15 (ÖPNV, Entwicklung von Standards), VI/26 (städt. Gebäude, VI/63 (Bauge-nehmigungen, Entwicklung von Standards), VI/ 66 (Verkehr, Verkehrs räume und Verkehrsinfrastru ktur, Entwicklung von Standards), VI/67 (Land-schafts-pflege</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>4. Die Stadt Köln erarbeitet verbindliche Vorgaben, welche Beteiligungsverfahren zur Barrierefreiheit frühzeitig bei Planung und Umsetzung von Neubauten berücksichtigt werden müssen.</p> <p>5. Bestehende Gebäude, Verkehrsräume, Verkehrsinfrastruktur und Beförderungsmitteln im ÖPNV sollen barrierefrei nachgerüstet werden.</p> <p>6. Der Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 11.04.2002 „barrierefreies Köln“ wird umgesetzt.</p> <p>7. Im Hinblick auf die Beschäftigung behinderter Arbeitnehmer/innen sind in öffentlichen Gebäuden nicht nur die öffentlich zugänglichen Bereiche sondern das gesamte Gebäude barrierefrei zu gestalten.</p>	<p>Bürgerzentrum Alte Feuerwache</p> <ul style="list-style-type: none"> - Herstellung von zwei Rampen zur Verbesserung der Zugänglichkeit - Einbau eines neuen Aufzugs im Südtrakt (Haus F) - Einrichtung von neuen behindertengerechten WC's im Neubau (Haus D/E) und im Südtrakt (Haus F) <p>Bürgerhaus Stollwerck</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erneuerung der vorhandenen behindertengerechten WC's im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss - An der Haupttreppe: Stufenmarkierungen und Verbesserung der Beleuchtung - Die Haupteingangstür hat eine automatische Türöffnung erhalten <p>Bürgerhaus Bocklemünd-Mengenich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Haupteingangstüren haben automatische Türöffnersysteme erhalten - Einbau eines Aufzugs - Einbau eines behindertengerechten WC's - Verbreiterung der Türen des Damen- und Herren-WC's im Erdgeschoss <p>Bürgerhaus Kalk</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Eingangstür Hof wurde automatisiert. - Einrichtung eines neuen behindertengerechten WC's im 1. Obergeschoss - Erweiterung und Optimierung des vorhandenen behindertengerechten WC's im Erdgeschoss <p>Bürgerzentrum Deutz</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaffung eines schwellenfreien Haupteingangs - Einbau automatischer Türöffnersysteme für die Zugangstüren - Realisierung einer behindertengerechten Aufzugsanlage - Im Erdgeschoss: Optimierung des bestehenden behindertengerechten 	<p>und Grünflächen) VI/69 (Verkehr, ÖPNV, Entwicklung von Standards) 56 (Wohnungsvorsorgung/Bau)</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./ federf. durch
				<p>WC's und der vorh. WC-Anlage</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im 1. Obergeschoss Einbau eines behindertengerechten WC's - Ausrüstung der Treppen mit Stufenmarkierungen und Handlaufbeschriftung <p>Bürgerzentrum Ehrenfeld</p> <ul style="list-style-type: none"> - Optimierung der Rampe zum Haupteingang - Einbau einer neuen Türanlage mit automatischem Türöffnersystem - Modernisierung des bestehenden Aufzugs unter dem Aspekt der Barrierefreiheit - Einbau eines behindertengerechten WC's im Erdgeschoss und Verbesserung des vorhandenen behindertengerechten WC's im Untergeschoss <p>Bürgerzentrum Engelshof</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im Herrenhaus Neubau von zwei behindertengerechten WC's - Hofeingang Herrenhaus: Einbau einer neuen Tür mit automatischen Türöffnern - Türverbreiterung im Kinderbereich - Anbringung von zusätzlichen Handläufen im Herrenhaus <p>Bürgerzentrum Nippes - Altenberger Hof</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaffung eines schwellenfreien Zugangs zur Außengastronomie - Anbringung von automatischen Türöffnern am großen Saal und am Lokal - Herrenhaus: Verbesserung der vorhandenen seniorengerechten Damen-Toilette <p>Bürgerzentrum Nippes - Gebäude Turmstraße 3 – 5</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bau einer Rampe zum Haupteingang - Im Erdgeschoss: Einbau eines behindertengerechten WC's <p>Bürgerhaus Mütze</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				<ul style="list-style-type: none"> - Optimierung des vorhandenen behindertengerechten WC's im Erdgeschoss - Automatisierung des Haupteingangs - Anbringung zweiter Handlauf an der Treppe zum Obergeschoss - Stufenkennzeichnung an der Treppe <p>Quäker-Nachbarschaftsheim</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im Unterschoss: Einbau eines behindertengerechten WC's - Herstellung eines neuen barrierefreien Eingangs im Untergeschoss - Herstellung behindertengerechter Zugang zum Seniorentreff im Erdgeschoss mit automatischen Türöffner - behindertengerechte Neugestaltung der WC-Anlage im Seniorenbereich <p>Bürgerzentrum Chorweiler</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umbau des behindertengerechten WC's im Erdgeschoss - Einbau eines behindertengerechten WC's im neuen Haupteingangsbereich Bürgerzentrum - Bürgersäle: Einbau eines neuen behindertengerechten WC's - Herstellung eines neuen Büros der Geschäftsstelle zur Verbesserung der Erreichbarkeit - In den Treppenhäusern: Neue zusätzliche Handläufe und Stufenmarkierungen - Neubau eines Aufzugs zur barrierefreien Erreichbarkeit der Bürgersäle <p>Bürgerzentrum Ahl Poller Schull</p> <ul style="list-style-type: none"> - In die Toilettenanlage: Einbau eines neuen behindertengerechten WC's <p>In allen Bürgerzentren wurden ein bis zwei Veranstaltungsräume zur Verbesserung der Sprachverständlichkeit für Hörgeschädigte mit einer entsprechenden Anlagentechnik ausgestattet. Dies sind vorzugsweise Induktionsschleifen. Sie ermöglichen es Hörgeräteträgern störungsfrei Audiosignale, wie Musik und Wortbeiträge drahtlos über die Hörgeräte</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				<p>zu empfangen.</p> <p>Die Räumlichkeiten, die nicht für eine Nachrüstung mit einer Induktionsanlage geeignet waren, wurden mit einem Kopfhörersystem, basierend auf einem professionellen InEar-Monitoring ausgerüstet. Durch dieses können Hörbehinderte, die kein Hörgerät besitzen, durch Verwendung von konventionellen Kopfhörern, akustisch versorgt werden. Hörgeräteträgern stehen induktive Kopfhörer zur Verfügung.</p> <p>Für den Komplex Spanischer Bau und Historisches Rathaus wurde eine mobile Anlage für Hörgeschädigte gekauft. Diese bietet die Möglichkeit des individuellen Einsatzes in den unterschiedlichen Sitzungs- und Veranstaltungsräumen.</p> <p>Im Rahmen von Hochbauplanungen wird die Verbesserung der Hörsamkeit durch die Berücksichtigung reduzierter Nachhallzeiten entsprechend der DIN 18041 berücksichtigt.</p> <p>Aktuell wird überprüft, ob für Hörgeschädigte, die sich in Aufzügen im Notrufall nicht mit der Notrufaufschaltung verständigen können, eine grundsätzliche Verständigung über SMS erfolgen kann, sofern der Betroffene über ein Handy verfügt und Empfang besteht. Dies kann als zusätzlicher Service der Gebäudewirtschaft verstanden werden, der die übliche Kommunikationsgewohnheit Hörgeschädigter berücksichtigt.</p> <p>Sachstand 63: zu 3. Das Bauaufsichtsamt verlangt in den genannten Fällen ein professionelles Konzept zur Barrierefreiheit, also die konkrete Darstellung und Beschreibung aller geplanten Maßnahmen zur Erfüllung der Vorgaben und Ziele des § 55 BauO NRW.</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				<p>Sachstand 66:</p> <p><u>zu 1.</u> Das Amt 66 hat in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden Planungs- und Ausbaustandards festgelegt. Diese werden in das Planer- und Bauleiterhandbuch des Amtes übernommen.</p> <p>Die Ausbaustandards werden fortlaufend auf Aktualität geprüft und bei Bedarf (z.B. Veröffentlichung überarbeiteter Richtlinien) in Abstimmung mit den Behindertenverbänden angepasst. Da z.B. die DIN 32984 Ende 2011 neu erschienen ist, wurde das entsprechende Kapitel des städtischen Planerhandbuchs im Jahr 2012 grundlegend überarbeitet und mit zahlreichen Musterzeichnungen ergänzt.</p> <p><u>zu 2.</u> Die in der Planung vorgegebenen Standards werden in den Ausschreibungen berücksichtigt.</p> <p><u>zu 3.</u> Im Rahmen der Genehmigungsverfahren erfolgt auch eine Prüfung bzgl. Barrierefreiheit.</p> <p><u>zu 4.</u> Die Vorhaben des Amtes 66 werden in Anhörungsrunden den Behindertenverbänden vorgestellt. Somit besteht die Möglichkeit, Anregungen und Wünsche zu äußern und diese gegebenenfalls in der Planung zu berücksichtigen.</p> <p><u>zu 5.</u> Die Machbarkeit einer Nachrüstung wird bei Sanierungsmaßnahmen geprüft und bei positivem Ergebnis umgesetzt (z. B. Blindensignalisierung, taktile Bodenindikatoren, Bordsteinabsenkungen)</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				<p>Sachstand 67: Bei Neubau und Sanierungsmaßnahmen in öffentlichen Grünanlagen werden die Belange der Barrierefreiheit berücksichtigt.</p> <p>Die Planungsmappe „Barrierefreiheit in Kölner Grünanlagen“ mit Planungsdetails wird mit den Behindertenverbänden abgestimmt.</p> <p>Sachstand 69: 69 veranstaltet regelmäßig die sogenannte Anhörung nach BGG. Dort werden die aktuellen Bauprojekte des ÖPNV vorgestellt und mit den zuständigen Behindertenorganisationen abgestimmt. Auch die Festlegungen von Standards für einen barrierefreien Ausbau werden in diesem Rahmen vorgenommen und gegebenenfalls aktualisiert.</p> <p>Sachstand 5620 (alt neu 56): Im Rahmen der Umsetzung des Neu- und Umbauprogramms für städtische Sozialhäuser sind zum jetzigen Zeitpunkt 110 barrierefreie Wohneinheiten und 15 rollstuhlgerechte Wohneinheiten im öffentlich geförderten Wohnungsbau geschaffen worden.</p> <p>Weitere 39 barrierefreie und 8 rollstuhlgerechte Wohnungen in zwei Objekten sind im Bau.</p> <p>Drei weitere Objekte mit insgesamt 58 Wohnungen sind in der Planung und werden dem Rat in 2013 vorgelegt.</p>	
	"Shared Space"	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verkehrsausschuss ➤ Stadtentwicklungsausschuss ➤ Bezirksvertretung Innenstadt ➤ 25.11.2008 	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die zuständigen Fachausschüsse und die Verwaltung, dass bei der Planung und Umsetzung von Mischverkehrsflächen – Shared Space – durch das Fachamt, die vom „Gemeinsamen	Am 09.03.2009 fand in der Innenstadt (Breite Straße/ Apostelnstraße) ein Ortstermin mit Vertretern des Verkehrsausschusses, der Bezirksvertretung Innenstadt, den Behindertenverbänden und der Verwaltung statt. Dort wurden die Grundsätze des Prinzips Shared Space erläutert. Die Verwaltung stellte mögliche Maßnahmen vor, die im Rahmen einer Testphase für Blinde und Sehbehinderte umgesetzt werden könnten	VI/66

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschluss Texte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>Fachausschuss Umwelt und Verkehr“ des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes geforderten Gestaltungsgrundsätze – siehe unten - beachtet werden.</p> <p><u>Text in gekürzter Fassung:</u> Gemeinsamer Fachausschuss für Umwelt und Verkehr (GFUV) (Berlin, 16. September 2008)</p> <p>„Die Tagungsteilnehmer erwarten, dass bei der Planung und Ausführung zukünftiger Shared-Space-Projekte die Anforderungen des folgenden Kriterienkatalogs im Interesse der genannten benachteiligten Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden, um ein wirklich barrierefreies Shared Space zu schaffen:</p> <p>1.1 Grundsätze Mischverkehrsflächen und Shared Spaces sind so zu planen, dass auch für blinde und sehbehinderte Menschen keine Verschlechterung gegenüber der traditionellen Straßenumgestaltung mit Verkehrstrennung eintritt, sondern vielmehr eine Verbesserung ihrer Orientierung und Sicherheit erreicht wird. Die Nutzung des Verkehrsraums in allgemein üblicher Weise und grundsätzlich ohne fremde Hilfe ist stets zu gewährleisten, das heißt Sicherheit und Orientierung blinder und sehbehinderter Verkehrsteilnehmer sind zu garantieren. Gleiches gilt für berechnigte Belange anderer benachteiligter Verkehrsteilnehmer wie Senioren, Kinder oder kognitiv eingeschränkten Personen.</p> <p>Bei der Planung und Durchführung derartiger Bauvorhaben sind die Selbsthilfeorganisationen und ihre Fachleute frühzeitig einzube-</p>	<p>(taktile Markierungen, Markierungsnägel, Aufmerksamkeitsfelder und Leiteinrichtungen). Der Blinden und Sehbehindertenverein äußerte große Bedenken gegenüber dem Prinzip Shared Space und bittet darum, die in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 25.11.2008 beschlossenen Vorgaben zu berücksichtigen.</p> <p>Als weiteres Vorgehen wurde vereinbart, die Betroffenen in die Planung mit einzubeziehen. Deshalb soll zunächst ein Termin mit den Eigentümern und Anliegern vereinbart werden.</p> <p>Im Rahmen verschiedener Maßnahmen (z.B. Mülheim 2020) werden Möglichkeiten erarbeitet, die Orientierung in Mischverkehrsflächen zu verbessern. Es wird geprüft niveaugleiche Verkehrs- oder Multifunktionsflächen mit Hilfe visuell und taktile kontrastreicher Trennstreifen vom Gehbereich abzugrenzen.</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>ziehen.</p> <p>Es ist stets eine national einheitliche Gestaltung und europäische Harmonisierung aller für blinde und sehbehinderte Menschen relevanten Aspekte anzustreben.</p> <p>A. Der Bereich der Mischverkehrsfläche ist mit einer Zonenanordnung (Zonensignalisation) mit Geschwindigkeitsbeschränkung auf bevorzugt 20 km/h, höchstens aber 30 km/h zu belegen. Die Ausdehnung dieser Zonen soll so gewählt werden, dass diese Geschwindigkeitsbegrenzung auch durchgesetzt werden kann.</p> <p>B. Blinde und sehbehinderte Menschen benötigen so klare Strukturen, dass sie den fließenden Verkehr eindeutig erkennen und sicher queren können.</p> <p>C. Markierte Querungsstellen müssen überall dort eingerichtet werden, wo bei einmündenden Straßen, wichtigen öffentlichen Gebäuden und Haltestellen des ÖPV für blinde und sehbehinderte Menschen die optimale Stelle zum Queren angezeigt werden muss. Bevorrechtigte (vortrittsberechtigte) Querungsstellen, zum Beispiel Zebrastrifen müssen dort angebracht werden, wo ein besonderes Schutzbedürfnis besteht, wie etwa am Beginn und Ende des Mischbereichs sowie an Kreisverkehrsplätzen. Die eindeutige Erkennbarkeit und Auffindbarkeit dieser Querungsstellen muss visuell und taktil durch Bodenindikatoren und eine ertastbare Bordsteinkante von mindestens 3 cm Höhe gewährleistet sein.</p> <p>D. Damit blinde und sehbehinderte Menschen sicher einem Straßenverlauf folgen können, werden visuell und taktil eindeutige</p>		

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>Strukturen benötigt. Bevorzugt von Fußgängern genutzte Bereiche sollen visuell kontrastreich von der bevorzugt befahrenen Fläche unterscheidbar sein, eine Trennung beider Bereiche mittels einer visuell und taktil erkennbaren Linie wie etwa eines mindestens 3 cm hohen Bordsteins ist erforderlich. Eindeutig erkennbare Bordsteinkanten sind insbesondere auch für die Arbeit des Blindenführhundes von besonderer Wichtigkeit. Wo die gebauten Strukturen für die Orientierung und Sicherheit nicht genügen, müssen zu beiden Seiten der Verkehrswege taktile und visuell kontrastreiche Leitstreifen aus Bodenindikatoren eingebaut werden. „Shared Surface“, das heißt eine völlig unstrukturierte Gestaltung der Shared-Space-Fläche, ist aus Orientierungs- und Sicherheitsgründen nicht nur für blinde und sehbehinderte Menschen inakzeptabel.</p> <p>E. Grundvoraussetzung für das Funktionieren des Shared-Space-Konzepts ist die Gewährleistung der Übersichtlichkeit und der uneingeschränkten Sicht der verschiedenen Nutzergruppen aufeinander im Verkehrsraum. Der ruhende Verkehr ist daher möglichst aus den unmittelbaren Begegnungsflächen auszuschließen; Halten, Parken und Anliefern darf nur auf ausdrücklich ausgewiesenen Flächen zulässig sein. Die Leitstreifen (Leitlinien), Bodenindikatoren und Querungsstellen müssen immer freigehalten werden.</p> <p>F. Bevorzugt von Fußgängern benutzte Hauptwegebeziehungen beziehungsweise ein Freiraum von mindestens 60 cm beidseitig des Leitstreifens (der Leitlinie) müssen frei von Hindernissen sein. Straßenmöblierungen müssen taktil mit Blindenlangstock erfassbar und visuell ausreichend</p>		

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>gekennzeichnet sein.</p> <p>Da bisher nur wenige Erfahrungen blinder und sehbehinderter Menschen mit Mischverkehrsflächen, insbesondere Shared-Space-Projekten, vorliegen, müssen alle entsprechenden Maßnahmen nach der Umsetzung stets kritisch beobachtet, wissenschaftlich untersucht und evaluiert werden.</p>		
	<p>Bauprojekt Rheinboulevard</p>	<p>➤ Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün</p>	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordert, dass sich der <u>2. Bauabschnitt</u> zur Erstellung des Rheinboulevards ohne Zeitverzug direkt an den 1. Bauabschnitt anschließen soll.</p> <p>Im 2. Bauabschnitt ist</p> <ul style="list-style-type: none"> • entweder am Ende des Fußwegs vor dem Lufthansahochhaus eine barrierefreie Rampe • oder eine solche Rampe im Zuge des Umbaus des Lufthansakomplexes zu bauen. <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Fachausschuss, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.</p>	<p>Der Rat hat der Verwaltung am 30.06.2011 den entsprechenden Auftrag gegeben. Die Rampe bzw. aktuell der Aufzug (ist mit den Behindertenverbänden abgestimmt) am ehem. Lufthansahochhaus soll im 2. Bauabschnitt verwirklicht werden. Anmerkung: Der sogenannte 1. Bauabschnitt gliedert sich in 3 Bauabschnitte (1. BA Dammbau und Errichtung Hochwasserschutz, 2. BA: Errichtung der Ufertreppe und 3. BA Umplanung Boulevard). Der barrierefreie Wegeanschluss mittels Aufzug zur Deutzer Brücke wäre dann der 4. BA</p> <p>Über Einzelheiten der barrierefreien Ausführung des Rheinboulevards finden laufend Gespräche zwischen den Behindertenverbänden, dem Büro der Behindertenbeauftragten und dem federführenden Amt für Landschaftspflege und Grünflächen statt.</p> <p>Die Realisierung einer barrierefreien Anbindung der Plattform ehem. Lufthansahochhaus an die Rad- und Fußgängerachse Deutzer Rheinufer/ Rheinboulevard in einem 4. Bauabschnitt ist nach wie vor das Ziel.</p> <p>Zur geforderten Realisierung ohne Zeitverzug direkt im Anschluss an die drei Bauabschnitte Rheinboulevard, kann aus Gründen der Haushaltslage und der Notwendigkeit einer Förderung der Maßnahme durch das Land derzeit keine Aussage erfolgen. Die Umplanung Boulevard wird dem Rat am 19.03.2013 zum Beschluss vorgelegt.</p>	<p>VI/67</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am: 	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
	<p>Brückenbauwerk Severinstraße hier: Beschlussempfehlung zur barrierefreien Gestaltung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verkehrsausschuss ➤ 15.02.2011 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Verkehrsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:</p> <p>„Das Brückenbauwerk Severinstraße ist barrierefrei zu bauen.</p> <p>Die Orientierung und die Auffindbarkeit der Aufzugs- und Treppenanlagen zur Erreichung der Fahr Ebenen der Linien 3 und 4 sind durch den Einbau taktiler Bodenelemente zu gewährleisten.</p> <p>Der gesetzlich vorgeschriebenen Barrierefreiheit und der Verkehrssicherheit behinderter Verkehrsteilnehmer soll Vorrang vor den gestalterischen Aspekten gegeben werden.“</p>	<p>Die Gestaltung des Brückenbauwerkes Severinstraße wurde bereits mehrfach mit den Behindertenverbänden abgestimmt. Es konnte ein Kompromiss zu der Querungsmöglichkeit der Severinsstraße und auch der Ausbildung der taktilen Leitelemente zur Stadtbahnhaltestelle gefunden werden. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist im politischen Beratungsgang.</p> <p>Am 31.01.2012 hat der Verkehrsausschuss die Planung Severinsstraße (Brücke) beschlossen. Dieser Plan wurde auch mit den zuständigen Behindertenorganisationen abgestimmt. Somit ist der Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erledigt.</p>	VI / 69
	<p>Aufzug Rotes Haus</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Stadtentwicklungsausschuss ➤ Verkehrsausschuss ➤ Finanzausschuss ➤ Bezirksvertretung Innenstadt 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Ausschuss Soziales und Senioren, den Stadtentwicklungsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Finanzausschuss, die Bezirksvertretung Innenstadt und den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft wie folgt zu beschließen:</p>	<p>Die Stadtbahnhaltestelle Alter Markt ist mittlerweile in Betrieb genommen. Dabei wurde auch ein Aufzug von der Stadtbahnhaltestelle an die Oberfläche gebaut. Der Aufzug zur Rathauebene ist in Verbindung mit dem Bau des Roten Hauses vorgesehen. Hierfür ist 26 zuständig.</p> <p>► Die Beschlussempfehlung „Aufzug Rotes Haus“ ist mit Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 22.02.2012 durch den Arbeitstitel „Aufzug von der Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rat-</p>	VI / 69

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
		➤ Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft ➤ 06.12.2011	Der barrierefreie Zugang von der neu zu gestaltenden Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rathausplatz ist durch einen Aufzug sicherzustellen.	hausplatz“ zu ersetzen. Der Inhalt beider Beschlussempfehlungen ist identisch (siehe unten).	
	Aufzug von der Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rathausplatz	➤ STEA ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Verkehrsausschuss ➤ Finanzausschuss ➤ BV 1 ➤ Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft ➤ 22.06.2012	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Ausschuss Soziales und Senioren, den Stadtentwicklungsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Finanzausschuss, die Bezirksvertretung Innenstadt und den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft wie folgt zu beschließen: Der barrierefreie Zugang von der neu zu gestaltenden Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rathausplatz ist durch einen Aufzug sicherzustellen.	Unmittelbar nach der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden die in der Beschlussempfehlung aufgeführten Gremien über die Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik informiert.	IV/69
	Behindertentoiletten	➤ Wird zurzeit geprüft ➤ 23.08.2007	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt der Verwaltung und dem zuständigen Ausschuss: 1. Im Kölner Stadtgebiet sollen mehr öffentliche Behindertentoiletten eingerichtet werden, die 24 Stunden am Tag zugänglich sind. 2. siehe erledigte Beschlussempfehlungen	Zu 1. Nach dem vom Rat am 10.09.2009 beschlossenen Toilettenkonzept gehört die Schaffung neuer Toilettenstandorte zu den Maßnahmen der zweiten Priorität. Diese Maßnahmen stehen unter dem Finanzierungsvorbehalt und wurden bisher zurückgestellt. Am 24.11.2011 bekräftigte der Rat seinen Beschluss und forderte ein Stufenkonzept für die Umsetzung des Toilettenkonzeptes. Zur entsprechenden Beschlussvorlage vom 08.02.2012 (Session 5293/2011) bleibt die Entscheidung des Rates abzuwarten.	VI/62

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
	<p>Toilettenkonzept AN/2050/2011</p>	<p>➤ Stadtentwicklungsausschuss ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Ausschuss Umwelt und Grün ➤ Gesundheitsausschuss ➤ Wirtschaftsausschuss ➤ Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, dem Finanzausschuss und den Bezirksvertretungen 1 – 9 ➤ 06.12.2011</p>	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Ausschuss Soziales und Senioren, dem Ausschuss Umwelt und Grün, dem Gesundheitsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, dem Finanzausschuss und den Bezirksvertretungen 1 – 9 wie folgt zu beschließen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die für die Umsetzung des Toilettenkonzeptes erforderlichen Mittel sind in den Haushalt einzustellen. • Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, das Toilettenkonzept zeitnah umzusetzen. <p>Dabei sollen folgende Notwendigkeiten in dem Konzept ergänzt bzw. berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Insbesondere das Konzept „Nette Toilette“ soll erneut aufgegriffen. • Der Anteil der barrierefreien Toiletten mit uneingeschränkter zeitlicher Nutzbarkeit ist erheblich zu erhöhen. Die Verwaltung soll darstellen, wie in einem Zeitraum von 3 Jahren das An- 	<p>Am 24.11.2011 bekräftigte der Rat seinen Beschluss vom 10.09.2009 zum Toilettenkonzept und forderte die Verwaltung auf, ihm ein Stufenkonzept zur Umsetzung des Toilettenkonzeptes zu den Haushaltsplanberatungen vorzulegen. Zur entsprechenden Beschlussvorlage vom 08.02.2012 (Session 5293/2011) bleibt die Entscheidung des Rates abzuwarten.</p>	<p>VI / 62</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>gebot von öffentlichen barrierefreien Toiletten, die auch abends und am Wochenende nutzbar sind, verbessert werden kann und soll.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der aktuelle Vertrag mit dem jetzigen Vertragspartner für Außenwerbung JCDecaux soll fristgerecht gekündigt werden. In einer zukünftigen Zusammenarbeit mit JCDecaux oder einem anderen Vertragspartner soll die Aufstellung und der Betrieb von mindestens 30 barrierefreien öffentlichen Toiletten verbindlich vereinbart werden. 		
	Ergänzende Beschlussfassung zum Toilettenkonzept erfolgte am:	➤ 22.06.2012	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stellt fest, dass die Umsetzung des vom Rat am 10.09.2009 beschlossenen und am 24.11.2011 nochmals konkretisierten Toilettenkonzeptes bislang nicht erfolgt ist.</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Ausschuss Soziales und Senioren, dem Ausschuss Umwelt und Grün, dem Gesundheitsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, dem Finanzausschuss</p>	Siehe oben	VI/62

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>und den Bezirksvertretungen 1 – 9 daher zu beschließen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, das Toilettenkonzept zeitnah umzusetzen. • Die für die Umsetzung des Toilettenkonzeptes erforderlichen Mittel sind in den Haushalt einzustellen. • Dabei sollen folgende Notwendigkeiten in dem Konzept ergänzt bzw. berücksichtigt werden: <ul style="list-style-type: none"> o Insbesondere das Konzept „Nette Toilette“ soll erneut aufgegriffen. o Der Anteil der barrierefreien Toiletten mit uneingeschränkter zeitlicher Nutzbarkeit ist erheblich zu erhöhen. Die Verwaltung soll darstellen, wie das Angebot von öffentlichen barrierefreien Toiletten, die auch abends und am Wochenende nutzbar sind, unverzüglich verbessert werden kann und soll. o Die Aufstellung und der Betrieb von mindestens 30 barrierefreien öffentlichen Toiletten muss kurzfristig realisiert werden. • Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll ab sofort an der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Konzeptes be- 		

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			teiltig werden. Insbesondere, da die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in 2007 den Anstoß zur Konzeptentwicklung gegeben hat.		
	<p>ÖPNV - Öffentlicher Personennahverkehr hier: Beförderung von Fahrzeugen mit Nummernschild, insbesondere Elektromobile</p>	<p>➤ KVB AG ➤ 03. 09.2012</p>	<p>Aufgrund einer internen Richtlinie der KVB - Kölner Verkehrsbetriebe AG werden Fahrzeuge mit Nummernschild, insbesondere Elektromobile (Scooter), seit einiger Zeit nicht mehr von der KVB befördert. Folglich häufen sich seit einigen Wochen Beschwerden von Menschen mit Mobilitätsbehinderungen, die auf diese Hilfsmittel und eine Nutzung des ÖPNV angewiesen sind.</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet daher die Vertreterinnen und Vertreter der Politik (die verkehrspolitischen Sprecher der Ratsfraktionen und den Verkehrsausschuss) und der Verwaltung auf die Verantwortlichen der Kölner-Verkehrsbetriebe (KVB) dahingehend einzuwirken, dass diese Regelung sofort modifiziert bzw. zurückgenommen wird und behinderte Menschen, die auf solche Fahrzeuge angewiesen sind, auch in Zukunft von den Bahnen und Bussen der KVB mitgenommen bzw. befördert werden.</p> <p>Damit der ÖPNV generell von allen</p>	<p>Die Vertreterinnen und Vertreter der KVB, der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und die Behindertenbeauftragte haben sich am 22.11.2012 getroffen, um eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu erreichen. Es konnte ein akzeptabler Kompromiss gefunden werden, der jedoch nur eine Übergangslösung darstellt. Langfristiges Ziel ist es, dass die Allgemeinen Beförderungsbedingungen Nordrhein-Westfalen entsprechend verändert werden sollen.</p> <p>Die Betriebsanweisung sieht nun vor, dass alle Menschen, die auf ein Elektromobil (mit und ohne Nummernschild) angewiesen sind und dies mit einem Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „G“ oder „aG“ nachweisen können, von der KVB mitgenommen werden.</p>	KVB AG

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>mobilitätsbehinderten Menschen genutzt werden kann, werden die Vertreterinnen und Vertreter der Politik und der Verwaltung zudem gebeten, auch auf die übrigen Nahverkehrsanbieter einzuwirken, dass sie für diese Problematik sensibilisiert werden.</p> <p>Darüber hinaus wird die Geschäftsführung gebeten, parallel hierzu im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an den Vorstand und den Aufsichtsrat der KVB zu appellieren, dass diese möglichst ab sofort auch die mobilitätsbehinderten Menschen befördert, die auf die Nutzung von Elektromobilen angewiesen sind.</p>		
4.	Finanzen und Personal				
	Personalzusetzung für das Büro der Behindertenbeauftragten	<ul style="list-style-type: none"> ➤ AVR ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 08.09.2011 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgenden Antrag an den Ausschuss allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe, Internationales, den Ausschuss Soziales und Senioren und die Verwaltung:</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beantragt die Zusetzung einer Planstelle für Angelegenheiten barrierefreien Bauens im Büro der Behindertenbeauftragten</p>	Die Verwaltung unterrichtet in Kürze den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe/ /Internationales und den Ausschuss Soziales und Senioren über das Ergebnis der Prüfung einer Stellenzusetzung.	1 / 11

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Fortschreibung und Umsetzung des „Handlungskonzeptes „Köln überwindet Barrieren - Eine Stadt für alle“, insbesondere zur fachlichen Beratung und Begleitung herausgehobener Planungs- und Baumaßnahmen in der Stadt.		
5.	Gesundheit				

6.	Kunst und Kultur				

7.	Kinder und Jugend				

8.	Mobilität				
	Mobilitätshilfe - Fahrtendienst	➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 04.09.2008	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt, ein Angebot für mobilitätsbehinderte Menschen zu schaffen, das auf dem Prinzip des Nachteilsausgleichs basiert. Bei der Gestaltung des Angebots ist von den Bedarfen der behinderten Nutzerinnen und Nutzern hinsichtlich Erreichbarkeit, Flexibilität und individueller Nutzbarkeit	Der Ausschuss für Soziales und Senioren hat am 23.10.2008 beschlossen, der Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Mobilitätshilfe für Menschen mit Behinderung als Nachteilsausgleich zu folgen und die Verwaltung mit der Prüfung des Vorschlags und Ausformulierung eines Konzeptes beauftragt. Die Verwaltung ist mit der Prüfung befasst, wie die Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Mobilitätshilfe umgesetzt werden kann. Dazu sind umfangreiche Recherchen erforderlich, so dass die Ausformulierung eines Konzeptes noch nicht abgeschlos-	V/50

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>auszugehen. Allen Menschen mit einer festgestellten „außergewöhnlichen Gehbehinderung“ sollte dieses Angebot offen stehen, auch Bewohnern von stationären Einrichtungen.</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die zuständigen Stellen, ein derartiges Angebot zu entwickeln und in Köln zu realisieren. Zusätzlich soll dargestellt werden, wie andere mobilitätsbehinderte Menschen, wie z. B. blinde Menschen oder Menschen mit Orientierungsschwierigkeiten, in dieses Angebot einbezogen werden können.“</p>	<p>sen ist.</p> <p>Am 17.09.2009 hat das Fachamt der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hierzu eine umfassende Stellungnahme und Mitteilung an den Ausschuss Soziales und Senioren vorgelegt.</p> <p>Nach Darstellung der Kostenschätzung durch das Fachamt erklärten die in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vertretenen Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, sie würden über den Beschluss erneut beraten mit dem Ziel, eine kostengünstigere Lösung zu finden. Sie wollten danach erneut auf die Verwaltung zukommen, was bislang nicht erfolgte.</p>	
	<p>Mobilitätstraining für Menschen mit Behinderung der KVB AG zusammen mit der GWK und weiteren Partnern</p>	<p>➤ KVB AG ➤ 06.12.2011</p>	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik dankt der KVB AG für die Einführung des Projektes „Mobilitätstrainings für Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren“ und sichert ihre Unterstützung zu. Dieses Projekt unterstützt die Menschen mit Behinderung bei der Wahrnehmung ihrer selbstbestimmten Lebensführung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, da dieses Projekt sicherstellt, dass die Menschen mit Behinderung die öffentlichen Nahverkehrsmittel nutzen können.</p>	<p>Mit Einführung des Projektes „Mobilitätstrainings für Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren“ wurde eine Stelle „Mobilitätstrainer“ zum 01.06.2011 eingerichtet und besetzt. Die Stelle ist bis zum 31.05.2013 befristet. Über eine Verlängerung wird nicht vor 2013 entschieden. Die KVB AG dankt der Stadtarbeitsgemeinschaft für ihre Unterstützung. Sie wird die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft auch in 2012 über den Erfolg und die weiteren Planungen bezüglich des Projektes unterrichten.</p> <p>Die Mobilitätstrainings konnten dank der Unterstützung und Kooperation mit den Kölner Seniorennetzwerken, GWK und Caritas erfolgreich in 2011 eingeführt und etabliert werden. Dieses Netzwerk ist offen für weitere Kooperationspartner. Für 2012 soll die Zusammenarbeit weiter fortgeführt und vertieft werden. Die Idee der sozialen Inklusion soll dabei als Leitmotiv für die weitere Gestaltung des Projektes dienen.</p>	<p>KVB AG</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die KVB AG daher,</p> <ul style="list-style-type: none"> dieses Projekt als dauerhaftes Angebot einzurichten und dieses bei den Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, in allen Medien und über ihre Homepage zu bewerben. dass die KVB AG in einem Jahr der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erneut über den Erfolg und die Weiterführung des Projektes berichtet. 	<p>Geplant ist, im ersten Halbjahr 2012, die Inhalte der Mobilitätstrainings für geeignete Medien (Flyer, Internet etc.) aufzuarbeiten und zu veröffentlichen.</p>	
9.	Querschnittsbereiche				
	---	➤			
10.	Schulen				
	Offene Schule Köln AN/2055/2011	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Ausschuss Schule und Weiterbildung ➤ 06.12.2011 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende Beschlussempfehlung an den Ausschuss Schule und Weiterbildung und den Ausschuss Soziales und Senioren:</p> <p>Der Ausschuss Schule und Weiterbildung und der Ausschuss Soziales und Senioren begrüßen ausdrücklich die Eröffnung der „Offenen Schule Köln“ und fordern die</p>	<p>Teil 1: Das Netzwerk Inklusive Schule Köln e.V. beabsichtigt die Errichtung einer „Offenen Schule Köln“ im Stadtbezirk Rodenkirchen als staatlich anerkannte weiterführende, inklusive Ersatzschule in privater Trägerschaft mit Modellcharakter. Es wird sich voraussichtlich zunächst um eine 2zügige Gesamtschule der Sekundarschule I à 25 Schülerinnen und Schüler (davon jeweils rd. 5 Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf) handeln. Vorüberlegungen zur Bildung einer Sekundarstufe II bestehen. Diese könnte später hinzugefügt werden.</p> <p>Hinsichtlich des potentiellen Standortes steht das Netzwerk in Verhand-</p>	IV/2

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>Verwaltung auf, alles Erforderliche dafür zu tun, um einen Start des Unterrichts zum Schuljahr 2012/2013 zu ermöglichen. Dies umfasst auch die Unterstützung des Vorhabens gegenüber anderen Behörden wie der Landesregierung oder der Bezirksregierung.</p> <p>Es soll darüber hinaus sichergestellt werden, dass kommunale Mittel, die bislang für die Förderung eines Kindes an einer Förderschulen zur Verfügung standen, diesem Kind auch bei Besuch einer allgemeinen Schule zur Verfügung stehen.</p>	<p>lung mit Grundstückseigentümern. Da das schulische Angebot von genehmigten Ersatzschulen bei der regionalen Bedarfsbewertung für die kommunale Schulentwicklungsplanungs- und Inklusionsplanung der Stadt Köln grundsätzlich berücksichtigt wird, hat die Verwaltung unter Hinweis auf bestimmte Rahmenbedingungen ihre ideelle Unterstützung angeboten und sich für das Projekt bereits in mehreren Gesprächen befürwortend eingesetzt.</p> <p>Die Verwaltung weist jedoch darauf hin, dass die Stadt Köln die Gründung von privaten Ersatz- und Ergänzungsschulen weder direkt finanziell, noch indirekt durch eine Bürgerschaft unterstützen kann. Der tatsächliche Schulstart wird im Wesentlichen vom Finden eines geeigneten Schulstandortes sowie der Genehmigungsfähigkeit abhängen.</p> <p>Die Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung Köln. Die Stadt Köln hat keinen Einfluss auf die Genehmigung.</p> <p>Dieser Beschlussteil der Stadtarbeitsgemeinschaft ist damit erledigt.</p> <p>Sachstand bis 31.12.2012</p> <p>Die Schule wurde zum 01.08.2012 genehmigt und hat zum Schuljahresbeginn 2012/13 den Betrieb aufgenommen. Der Beschluss ist daher erledigt und kann daher aus der laufenden Berichterstattung herausgenommen werden.</p> <p>► erledigt</p> <p>Teil 2: Die Ersatzschulfinanzierung ist in §§ 105 ff. SchulG NW in Verbindung mit der Ersatzschulfinanzierungsverordnung geregelt, allerdings hinsichtlich der erhöhten Finanzierungsbedarfe nur für Förderschulen bzw. Berufskollegs mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Anders als in</p>	

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				<p>manchen anderen Bundesländern ist eine besondere Finanzierung für Schüler im GU bisher nicht ausdrücklich im SchulG NW und in der Ersatzschulfinanzierungsverordnung aufgenommen, ließe sich aber aus § 106 SchulG herleiten.</p> <p>Die Stadt kann grundsätzlich auch Ersatzschulen freiwillig mit kommunalen Mitteln fördern, dies wird aber in Bezug auf den Landeszuschuss den Ersatzschulen auf den Eigenanteil angerechnet und bringt daher der Ersatzschule keinen Vorteil, wenn dies den Pflichtanteil übersteigt.</p> <p>Die Formulierung im Antrag hinsichtlich der gewünschten Umschichtung von Mitteln ist allerdings sehr allgemein gehalten. Es ist nicht klar erkennbar, um welche Mittel es sich konkret handeln soll. Pflichtleistungen des Schulträgers aus kommunalen Mittel sind dabei anders zu bewerten als reine freiwillige kommunale Leistungen, daher ist zu klären, ob die gewünschte Übertragung in dieser pauschalen Formulierung überhaupt ohne weiteres rechtlich zulässig bzw. finanztechnisch möglich wäre.</p> <p>Es sollte zudem nicht außer Acht gelassen werden, dass die Städte und Gemeinden hinsichtlich der Frage der Finanzierung von Inklusion in der Schule derzeit sehr deutlich eine stärkere finanzielle Unterstützung des Landes im Rahmen des Konnexitätsprinzips einfordern. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.</p>	
11.	Sport				
	Sport, Sportstätten und Schwimmbäder				
	Sport für und mit Menschen mit Behinderung	➤ Verwaltung ➤ 15.02.2011	Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik arbeitet zukünftig mit der Steuerungsgruppe „Sport	Zu 1. und 2. In einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe wird für bestehende Hallen an der Umsetzung von Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit gearbei-	52 für Planung, Bau und Nutzung

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>und Behinderung in Köln“ zusammen und unterstützt sie im Hinblick auf folgende Forderungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Langfristig soll jede Sportstätte in Köln für alle Personengruppen nutzbar sein. 2. Mittel- bis kurzfristig soll in jedem Stadtbezirk Kölns eine barrierefreie Sporthalle, die alle Kriterien hinsichtlich Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit erfüllt, vorhanden sein. 3. Die Stadt Köln hilft aktiv mit, die Wahrnehmung herausragender Behindertensportereignisse wie z.B. das Bernd-Best-Turnier (Rollstuhlrugby) oder das TOP End Challenge (Rollstuhlbasketball) in der Öffentlichkeit zu verbessern. 4. Die Verwaltung soll gemeinsam mit dem Stadtsportbund Köln e.V. eine Planung entwickeln, wie adäquate Sportangebote für alle Kölnerinnen und Kölner ausgestaltet und unterstützt werden können. 	<p>tet. Die barrierefreie Ausrüstung neuer Sporthallen in guter Qualität ist sichergestellt, so dass mittelfristig in jedem Stadtbezirk eine barrierefreie Sporthalle vorhanden ist. Die Erstellung einer entsprechenden Übersicht bzw. grafischen Darstellung des Ist-Zustands wird geprüft.</p> <p>Zu 3. Die Stadt Köln hilft aktiv mit, die Wahrnehmung herausragender Behindertensportereignisse wie z.B. das Bernd-Best-Turnier (Rollstuhlrugby) oder das TOP End Challenge (Rollstuhlbasketball) in der Öffentlichkeit zu verbessern.</p> <p>Im Nachgang zum Bernd-Best-Turnier 2011 sind weiterführende Gespräche geplant. Gespräche finden im Vorgriff auf das Bernd-Best-Turnier 2013 statt. Auf diesem Weg wollen Verwaltung und Turniervoransteller gemeinsam an einer Optimierung der Vorbereitung, Planung und Durchführung des Turniers mitwirken. Hierzu gehört u.a. auch die Verbesserung der medienwirksamen Begleitung des Turniers. Diese Aufgabe wurde zuletzt bereits durch V/3 intensiver wahrgenommen.</p> <p>Zu 4. In der Steuerungsgruppe „Sport Inklusiv“ (vorher: „Sport und Behinderung in Köln“) wird die Verbesserung der Vernetzung und Information (u.a. durch das Internet) angestrebt. Die Steuerungsgruppe wünscht u.a. die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle, wodurch Beratung und Anpassung an individuelle Wünsche und Möglichkeiten optimiert werden sollen. Zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen können hierfür von der Verwaltung derzeit nicht zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Die Steuerungsgruppe „Sport Inklusiv“ bereitet für den Bereich Freizeit- und Breitensport einen Übungsleiter-C-Lehrgang „Schwerpunkt Inklusion“ vor. Erste ÜL-C-Lehrgänge, Inklusion, starteten bereits im September 2012. Für Anfang 2013 sind auf Grund der Nachfrage weitere Lehrgänge geplant. Der Landes Sport Bund NW (LSB) wird über den Ver-</p>	<p>von Sportanlagen sowie die Unterstützung der Vereine und der Sport selbstverwaltung (SSBK)</p> <p>26 und 40 für Planung und Bau von Schul-Turn/Sporthallen sowie Schul-sportanlagen</p> <p>V/3</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
				lauf informiert.	
	<p>Barrierefreie Sportstätten und Schwimmbäder AN/1486/2011</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Sportausschuss ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ 08.09.2011 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende Empfehlung an den Sportausschuss und den Ausschuss Soziales und Senioren:</p> <p>Die Stadt-Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Sportausschuss der Stadt Köln darauf hinzuwirken, dass die Kölner Sportstätten GmbH und die Kölner Bäder GmbH, die in den einschlägigen Gesetzen und Normen (UN-Konvention, Landesbehinderten-Gleichstellungsgesetz, Landesbauordnung) geforderte Barrierefreiheit hinsichtlich der Nutzbarkeit von Sport- und Schwimmanlagen bei Neubau- und/oder Umbaumaßnahmen beachtet und umsetzt.</p> <p>Die Nutzbarkeit aller Anlagen muss für alle Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen möglich sein.</p> <p>Auch bei den bereits vorhandenen Sportstätten und Schwimmbädern ist die barrierefreie Nutzbarkeit durch geeignete und kostengeringe Maßnahmen, wie z. B. mobile Rampen an Treppenaufgängen, Schulung des Personals, Abtren-</p>	<p>Beide GmbHs sehen die Notwendigkeit ihre Sportstätten und Schwimmstadion barrierefrei für alle Nutzer anzubieten.</p> <p>Die KölnerSportstätten GmbH hat daher angeboten, zusammen mit Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitskreises Barrierefreies Köln durch alle 9 ihrer Zuständigkeit befindlichen Sportstätten Nachbegehungen zu machen. Dabei soll festgestellt werden, inwieweit Barrierefreiheit in den Sportstätten gegeben ist bzw. welche Verbesserungen zur Erzielung der Barrierefreiheit noch umgesetzt werden sollten.</p> <p>Die KölnBäder GmbH befindet sich im Gespräch mit dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln. Sukzessive sollen auch die Schwimmbäder im Hinblick auf Barrierefreiheit umgebaut bzw. optimiert werden.</p> <p>Eine Begehung der Sportstätten hat bisher noch nicht stattgefunden.</p> <p>Die Sportstätten GmbH ist derzeit dabei, den eigenen Internetauftritt zu überarbeiten. Erstmals werden in dem Zusammenhang Informationen zur Barrierefreiheit eingestellt.</p> <p>Einen Termin wegen der Schwimmbäder wird es im Frühjahr geben, um sich vor Ort über die aktuellen Verbesserungen zu informieren.</p>	<p>KölnBäder GmbH für Eis- und Schwimmstadion, Kölner-Sportstätten GmbH für Sportstätten</p> <p>Stellvertretende Beantwortung durch V/3</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			nung einer Schwimmbahn nach Absprache usw. zu verbessern. Die notwendigen Maßnahmen sollten in einer Liste zusammengestellt und priorisiert werden, um eine kontinuierliche Abarbeitung sicherzustellen.		
	Eis- und Schwimmstadion an der Lentstr. AN/1503/2011	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Sportausschuss ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ KölnBäder GmbH ➤ 08.09.2011 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgenden Antrag an den Sportausschuss, die Sport- und Bäder GmbH und die Verwaltung:</p> <p>Die Mitglieder der Stadt-Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordern eindringlich die verantwortlichen Vertreter/innen aus Politik, Verwaltung und der Kölner Bäder GmbH auf, dafür Sorge zu tragen, dass die barrierefreie Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit des zurzeit im Bau befindlichen Eis- und Schwimmstadions gewährleistet wird.</p>	<p>Nach mehreren Begehungen und Gesprächen zwischen der KölnBäder GmbH, dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln und dem Bauaufsichtsamt, wurde eine Liste der Mängel im Hinblick auf die Barrierefreiheit des Stadions erstellt. Das Bauaufsichtsamt hat hierzu im bauaufsichtlichen Verfahren die Rahmenbedingungen zur Nachbesserung festgelegt.</p> <p>Die KölnBäder GmbH ist bemüht diese Nachbesserungen umzusetzen.</p> <p>Im Frühjahr 2013 wird es einen Ortstermin im Lentpark geben, um sich über die vorgenommenen Verbesserungen der Barrierefreiheit zu informieren und gegebenenfalls weitere notwendige Verbesserungen abzusprechen.</p>	<p>KölnBäder GmbH für Eis- und Schwimmstadion,</p> <p>Stellvertretende Beantwortung durch V/3</p>
	Bernd-Best-Turnier	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Sportausschuss ➤ Ausschuss Schule und Weiterbildung ➤ 22.06.2012 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende Beschlussempfehlung an den Sportausschuss, den Ausschuss Schule und Weiterbildung und die Verwaltung:</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Sportausschuss und den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu beschließen,</p>	<p>Die Unterstützung des Bernd-Best-Turniers durch die Sportverwaltung erfolgt nur im Rahmen der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen.</p> <p>Die Organisator/innen des Bernd-Best-Turniers wurden gebeten, die von ihnen für erforderlich gehaltenen Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen aufzulisten. Auf dieser Grundlage soll dann zunächst verwaltungsintern und später gemeinsam mit den Organisator/innen des Turniers besprochen werden, was von Seiten der Verwal-</p>	IV/52

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>Sportveranstaltungen wie das Bernd Best Turnier besser zu unterstützen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Hierfür soll dem Veranstalter von Seiten der Stadt Köln eine städtische Dienststelle als Ansprechpartner benannt und zur Seite gestellt werden, die das Sportereignis innerhalb der Stadt vertritt, koordiniert und unterstützt. Beim Bau und Sanierung von Sportstätten sind in besonderem Maße und in jeder Hinsicht die Bedarfe behinderter Sportler und Besucher zu berücksichtigen. 	<p>tion geleistet werden kann und wer für welche Leistungen Ansprechpartner ist.</p>	
12.	Wohnen				
	<p>Stärkung und Ausweitung der zentralen Koordinierungsstelle für Mehrgenerationen-Wohnprojekte im Amt für Wohnungswesen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausschuss Soziales und Senioren ➤ Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales ➤ danach Rat 	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales wie folgt zu beschließen und die Beschlussempfehlung an den Rat weiterzuleiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> Kurzfristig sollen in jedem Stadtbezirk mindestens 2 Mehrgenerationenprojekte eingerichtet werden. Langfristig soll in jedem Stadtteil 	<p>Die Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurde vom zuständigen Fachamt am 12.07.2011 in die Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren eingebracht. Dort wurden Fragen nach dem aktuellen und künftigen Bedarf bzw. der Nachfrage nach Mehrgenerationenwohnprojekten aufgeworfen.</p> <p>Beim Amt für Wohnungswesen sind auch 2012 deutlich weniger Anfragen zu diesem Thema eingegangen als in den Vorjahren. Die Verwaltung hat hierzu Erfahrungswerte bei der Beratungsstelle „Neues Wohnen im Alter e.V.“ und bei „Ledo“ angefragt.</p> <p>Positiv zu bewerten für den Beratungsbedarf in Köln ist in diesem Zusammenhang die wieder aufgenommene Landesförderung für Neues</p>	<p>V / 56</p>

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013

	Beschlussempfehlung	➤ Gerichtet an: ➤ aus der Sitzung am:	Beschlusstexte:	Sachstand	Zust./federf. durch
			<p>mindestens 1 Mehrgenerationenprojekt eingerichtet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dafür ist beim Amt für Wohnungswesen die zentrale Koordinierungsstelle für Mehrgenerationen-Wohnprojekte um mindestens eine Vollzeitstelle zur Beratung von Investoren, Gruppen und anderen Interessierten, der Beantwortung von Anfragen aus dem In- und Ausland und zur engen Kooperation mit der Wohnungswirtschaft bezüglich der Umsetzung weiterer Projekte aufzustocken. 	<p>Wohnen im Alter e.V. als überregionale Beratungsstelle zum Thema Mehrgenerationenwohnen.</p> <p>Geplant ist weiterhin eine abschließende Auswertung zum städtischen Fördermodell Mehrgenerationenwohnen bzw. den städtischen Pilotprojekten in Kooperation mit der GAG, in die die Erfahrungswerte von Neues Wohnen im Alter und Ledo mit einfließen sollen.</p> <p>Aktuell wurden keine weiteren Haushaltsmittel für eine Förderung im Bereich Mehrgenerationenwohnen in den städtischen Haushalt eingestellt.</p> <p>Mit Beschluss des Liegenschaftsausschusses vom 06.09.2012 wurde ein Grundstück im zweiten Bauabschnitt des Baugebietes Sürther Feld in Köln-Rodenkirchen für ein Mehrgenerationenwohnprojekt mit ca. 20 Wohneinheiten reserviert.</p> <p>Die Verwaltung wurde beauftragt, das Grundstück geeigneten Investoren direkt anzubieten sowie in geeigneter Weise die Grundstücksvergabe für den genannten Zweck öffentlich zu machen, um weiteren Interessenten die Möglichkeit zu geben, sich zu bewerben. Die Veräußerung erfolgt zum Verkehrswert. Es wird ein Festpreis pro Quadratmeter Geschossfläche gebildet. Ein Preiswettbewerb findet nicht statt. Die Konzeptqualität der Bewerber ist maßgeblich für den Vergabevorschlag. Eine finanzielle Bezuschussung erfolgt nicht.</p> <p>Die Grundstücksreservierung ist befristet bis zum 31.12.2013. Sollte bis dahin kein Investor für den genannten Zweck feststehen, wird das Grundstück anderweitig vermarktet.</p>	
13.	Wahlen				

Anlage 1 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: Laufende Beschlussempfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Ratsausschüsse, Verwaltung etc. 2004 - 2011

Stand: 02/2013